

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Bauausschusses** der Stadt Burgdorf am **11.11.2013** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

17.WP/BauA/020

Beginn öffentlicher Teil: 17:01 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:30 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:40 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Hunze, Carl

stellv. Vorsitzende

Weilert-Penk, Christa

Mitglied/Mitglieder

Brönnemann, Alfred
Dralle, Karl-Heinz
Heller, Simone
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet
Rheinhardt, Michael
Schulz, Kurt-Ulrich

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael
Schrader, Karl-Ludwig

Beratende/s Mitglied/er

Meyer, Karl-Heinz
Sieke, Oliver
Sund, Björn

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Herbst, Imke
Lahmann, Jörg
Lehmann, Robert
Weddige, Frauke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 21.10.2013

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Bebauungsplan Nr. 0-87 "Nördlich Zilleweg 1. Abschnitt", Entwurf
Bezugsvorlagen:
2013 0366 (Vorentwurf)
2013 0366/1 (Beendigungserklärung der Interessengruppe zur Planungsalternative "Die Dorf Burg")
2013 0396 und 2013 0396/1 (Lärmkonflikt Bolzplatz Zilleweg, Vergleich verschiedener Lösungen sowie 2013 0396/3 (Lärmkonflikt Bolzplatz Zilleweg, Nutzungszeiten für schalltechnische Beurteilung)
2013 0366/2 (Stellungnahme von Anwohnern des Scharhörnwegs zur verkehrlichen Erschließung)
Vorlage: 2013 0450
6. Entwurf Haushaltssatzung 2014
Vorlage: 2013 0455
7. Entwurf Investitionsprogramm 2014
Vorlage: 2013 0456
8. Entwurf Stellenplan 2014
Vorlage: 2013 0457
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Um 17.00 Uhr eröffnete **Herr Hunze** die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Fleischmann beantragte, den Tagesordnungspunkt 8 Bebauungsplan Nr. 0-87 „Nördlich Zilleweg 1. Abschnitt“ aufgrund der Vielzahl der anwesenden Zuschauer in der Beratungsfolge vorzuziehen.

Nach einer kurzen Diskussion sprachen sich die Ausschussmitglieder für den Antrag von Herrn Fleischmann aus.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 21.10.2013

Die Mitglieder des Bauausschusses genehmigten das Protokoll über die Sitzung des Bauausschusses am 21.10.2013 einstimmig.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es lagen keine Mitteilungen vor.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

5. **Bebauungsplan Nr. 0-87 "Nördlich Zilleweg 1. Abschnitt", Entwurf
Bezugsvorlagen:
2013 0366 (Vorentwurf)
2013 0366/1 (Beendigungserklärung der Interessengruppe zur Planungsalternative "Die Dorf Burg")
2013 0396 und 2013 0396/1 (Lärmkonflikt Bolzplatz Zilleweg, Vergleich verschiedener Lösungen sowie 2013 0396/3 (Lärmkonflikt Bolzplatz Zilleweg, Nutzungszeiten für schalltechnische Beurteilung)
2013 0366/2 (Stellungnahme von Anwohnern des Scharhörnwegs zur verkehrlichen Erschließung)
Vorlage: 2013 0450**
-

Herr Rheinhardt führte aus, dass man die Planung erneut in der Fraktion beraten habe. Die SPD-Fraktion befürworte die Festschreibung der Passivhausbauweise nur für die Errichtung von Einfamilienhäusern. Für den Geschosswohnungsbau lehne man die Festschreibung dieses Standards ab. Hier schlage man jedoch die Verwendung ökologischer Materialien bzw. die Nutzung anderer Klimaschutzmaßnahmen vor. Dies gelte ebenso für das geplante Seniorenheim. Hinsichtlich der Erschließung vertrete die SPD die Auffassung, dass man sich die Option westlich des Ahrbergenweges weitere Bauflächen auszuweisen nicht verbauen wolle. Daher stimme man der von der Verwaltung geplanten Breite vom 16m für die Planstraße A zu. Allerdings sei man sich bewusst, dass dies keine mehrheitsfähige Lösung sei, sodass man sich im Wege des Kompromisses auch mit einer Breite der öffentlichen Verkehrsfläche von 13m anfreunden könne.

Herr Fleischmann kritisierte die Vorlage. Statt der Errichtung eines weiteren Pflegeheims benötige die Stadt vielmehr die Schaffung altengerechten Wohnens. Dies werde mit der Vorlage jedoch unmöglich gemacht. Die Erschließungsstraße A sei zu breit. Sie diene dazu, die bereits feststehende weitere Bebauung westlich des Ahrbergenweges vorzubereiten. Das Recht der Weststädter auf Wohnruhe werde mit dieser Planung „vom Tisch gewischt“.

Herr Schulz sah die Beratung der Bauherren dieses Gebietes hinsichtlich der Passivhausbauweise als sinnvoll an, sprach sich jedoch gegen die Festschreibung dieses Standards aus. Dies solle ebenfalls für die Errichtung des Geschosswohnungsbaus und des Seniorenheimes gelten. Er persönlich bedauere, dass das altengerechte Wohnen „Dorfburg“ gescheitert sei und hege jedoch die Hoffnung, dass dies vielleicht in der nunmehr zur Verfügung stehenden Erweiterungsfläche des Plangebiets möglich sein könne. Die Ausweisung weiterer Bauflächen westlich des Ahrbergenweges sei seiner Meinung nach nur dann angebracht, wenn dies aufgrund der Nachfrage erforderlich werde. Allerdings dürfe in diesem Fall die Erschließung nicht über

die Mönkeburgstraße gesichert werden, sondern könne auch über die Dorfstraße angedacht werden. In keinem Fall solle eine Querung des Ahrbergweges erfolgen.

Bezogen auf die von der Bürgerinitiative im Rat eingebrachten Petition sehe er nicht, wie darin gefordert, die Notwendigkeit einer weiteren gutachterlichen Beurteilung. Die Befürchtung des Rückbaus der verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Mönkeburgstraße sei unangebracht. Dies werde nicht beabsichtigt. Für die Forderung, die neue Haupterschließungsstraße des Neubaugebietes als Spielstraße auszuweisen, sehe er die größte Problematik bei den Anwohnern selbst, weil sich diese meist nicht an diese Vorgaben hielten. Die Erhaltung der Wohnqualität im südlichen Bereich der Mönkeburgstraße sehe er dann gewährleistet, wenn auf eine Querung des Ahrbergweges verzichtet werde.

Frau Heller führte aus, dass ihre Fraktion sich im Grundsatz die Passivhausbauweise auch für die mehrgeschossigen Gebäude und das Seniorenheim wünsche. Hier könne jedoch zusammen mit der SPD ein Kompromiss gefunden werden, wenn an diesen Gebäuden andere ökologische Maßnahmen zur Umsetzung kämen. Die Maßnahmen im Einzelnen könne man jedoch unter Berücksichtigung des Klimaschutzaktionsprogrammes zu einem späteren Zeitpunkt erarbeiten, auch unter Berücksichtigung konkreter Vorschläge der Bauträger. Unabhängig hiervon sei sie der Auffassung, die Breite der Planstraße A auf 13m festzusetzen.

Herr Köneke sprach sich ebenfalls für eine Reduzierung der Straße auf dieses Maß aus. Dies sei schon allein angebracht, um unnötige spätere Pflegekosten des öffentlichen Straßenverkehrsraumes zu vermeiden. Die zwangsweise Ausweisung der Passivhausbauweise halte er nicht für angemessen. Stattdessen solle man die Bauherren den Klimaschutz in der von ihnen als richtig erachteten Art und Weise umsetzen lassen.

Herr Schrader schloss sich weitestgehend **Herrn Köneke** an, sprach sich jedoch dafür aus, die Straße in der ursprünglich geplanten Breite von 16m zu belassen, um einen späteren Busverkehr zu ermöglichen.

Herr Fleischmann befürwortete die Petition und die Erstellung eines neuen Verkehrsgutachtens.

Frau Herbst erläuterte den auf eine verringerte Breite des öffentlichen Straßenverkehrsraumes geänderten Beschlussvorschlag. An der Nordseite der Haupterschließungsstraße in den Bereichen A1 und A2 würden somit die Grundstücke um einen Streifen von 3m erweitert. Das erforderliche Regenrückhaltebecken werde somit auch größer, was ausdrücklich von der Fachabteilung befürwortet werde. Nach dem „Knick“ in der Straße im Abschnitt A3 würden die freiwerdenden 3m den südlich der Straße liegenden Grundstücken zugeschlagen. Für die zukünftigen Wohngebäude nördlich des Abschnitts A2 sollte ein größerer Abstand zur Straße vorgesehen werden. **Frau Herbst** stellte zu den zuvor in der Diskussion genannten Fahrbahnbreiten fest, dass bei einer Fahrbahnbreite von 4,75m durch RegioBus voraussichtlich kein Busverkehr stattfinden werde.

Herr Schulz erwiderte hierauf, dass es auch möglich sei, den Busverkehr vom „Heineckenfeld“ an das Gebiet heran zu führen.

Frau Weilert-Penk sah eine Buslinienführung in der von **Herrn Schulz** vorgeschlagenen Weise als unsinnig an, da die Fahrzeit zu lange dauere. Die Möglichkeit im neuen Baugebiet einen Busverkehr zu ermöglichen, müsse

erhalten bleiben, wenn man den öffentlichen Personennahverkehr als attraktive Alternative anbieten wolle.

Bürgermeister Baxmann stellte fest, dass eine Kompromisslösung hinsichtlich der Breite der Planstraße A möglich sein sollte.

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten einstimmig für den folgenden empfehlenden Beschluss:

Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0-87 „Nördlich Zilleweg 1. Abschnitt“ (Stand 25.09.2013) mit örtlichen Bauvorschriften wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

a) Die Breite der Straßenverkehrsfläche der Planstraße A wird um 3m auf 13m verringert. Der 3m breite Streifen wird in den Abschnitten A1 und A2 den nördlich angrenzenden Baugebieten sowie der Fläche für Versorgungsanlagen und Abwasserbeseitigung (Regenwassersickerbecken) zugeschlagen. Im Abschnitt A3 wird der 3m breite Streifen den südlich angrenzenden Baugebieten zugeschlagen.

b) Die südlichen Baugrenzen der nördlich an die Planstraße A angrenzenden Baugebiete werden auf einen Abstand von 5,00m zur Straßenbegrenzungslinie verschoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem geänderten Entwurf die Verfahrensschritte der Beteiligung der Öffentlichkeit (Auslegung) und der Beteiligung der Behörden durchzuführen (§ 13a Abs. 2 Nr.1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr.2 und § 3 Abs. 2 sowie §4 Abs.2 BauGB).

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten weiterhin mit sieben Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung für den folgenden empfehlenden Beschluss:

Bei der Vermarktung der Grundstücke für Ein- und Zweifamilienhäuser sollen die Käufer zur Errichtung eines Passivhauses verpflichtet werden. Näheres hierzu wird in Zusammenhang mit den noch zu fassenden Beschlüssen über das Grundstücksvergabeverfahren und die Verkaufspreise festgelegt. Für die Vermarktung der Flächen für den Geschosswohnungsbau und das Pflegeheim sollen andere ökologische Maßnahmen erarbeitet werden.

6. Entwurf Haushaltssatzung 2014

Vorlage: 2013 0455

Herr Lehmann erläuterte die für den Fachbereich 3.1 (Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt) maßgeblichen Haushaltsansätze. **Herr Lahmann** erläuterte die Ansätze der Gebäudewirtschaft.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen den Entwurf des Haushaltsplanes 2014 zur Kenntnis und sahen die Vorlage 2013 0455 für den Bauausschuss als beraten an.

7. Entwurf Investitionsprogramm 2014

Vorlage: 2013 0456

Herr Lehmann und **Herr Lahmann** erläuterten die für den Fachbereich 3.1 und die Gebäudewirtschaftsabteilung maßgeblichen Positionen.

Herr Fleischmann bat um Auskunft, warum weitere Mittel für den Kreisverkehrsplatz „Schwarzer Herzog“ in 2014 eingestellt worden seien. Da es sich hier um eine Position des Fachbereiches 3.2 handelte, wurde Herr Fleischmann gebeten, sich diesbezüglich telefonisch an den zuständigen Fachbereichsleiter **Herrn Herbst** zu wenden.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen den Entwurf des Investitionsprogrammes 2014 zur Kenntnis und sahen die Vorlage 2013 0456 für den Bauausschuss als beraten an.

8. Entwurf Stellenplan 2014 Vorlage: 2013 0457

Herr Lehmann erläuterte die auf den Fachbereich 3.1 bezogenen Positionen des Stellenplanes.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen den Entwurf des Stellenplanes 2014 zur Kenntnis und sahen die Vorlage 2013 0457 für den Bauausschuss als beraten an.

9. Anregungen an die Verwaltung

Herr Fleischmann trug die Beschwerden einiger Bewohner der Friederikenstraße und des Langen Mühlenfeldes vor, welche sich durch die Intensität und die Zeiten des Läutens der katholischen Kirche unangemessen gestört fühlen würden.

Mit Hinweis auf den rechtlichen Anspruch der Kirche sagte **Bürgermeister Baxmann** zu, mit dem Pfarrer der katholischen Kirche hierüber zu sprechen.

Aufgrund der Anfrage eines Bürgers bat **Herr Fleischmann** um Auskunft, wann das Parkhaus am Bahnhof in Betrieb genommen worden sei.

Antwort der zuständigen Fachabteilung 66.1: Das Parkhaus wurde nach seiner Fertigstellung im Herbst 1979 in Betrieb genommen.

Herr Hunze schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.25 Uhr.

Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin fragte, ob bei einer Reduzierung der Straßenbreite der Haupterschließungsstraße im Neubaugebiet „Nördlich Zilleweg“ die Schaffung von öffentlichen Einstellplätzen auf beiden Seiten der Fahrbahn erforderlich sei.

Frau Herbst erläuterte hierzu, dass bei einer solchen Straßenbreite zu erwarten sei, dass nur Einstellplätze auf einer Seite des Straßenraumes

geschaffen würden.

Dieselbe Einwohnerin wies darauf hin, dass die „Tempo-30“-Markierungen auf der Fahrbahn der Mönkeburgstraße nicht mehr erkennbar seien.

Herr Hunze schloss die Einwohnerfragestunde um 18.30 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer